

## Zu den Demontagen in der Bizone

Gegen die von der amerikanischen und britischen Militärregierung veröffentlichte Demontageliste erhebt die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD sehr ernste Einwände, weil kein Unterschied gemacht wird zwischen den dem Friedensbedarf dienenden Betrieben und den nach den Potsdamer Beschlüssen zu liquidierenden Kriegsbetrieben. Die Arbeitsgemeinschaft ist für den Aufbau einer unabhängigen demokratischen Friedenswirtschaft und fordert deshalb die *entschädigungslose Enteignung* der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher und Überführung dieser Betriebe in die Hände des Volkes. Soweit diese Betriebe Kriegsbetriebe waren, unterliegen sie nach den Potsdamer Beschlüssen der Demontage. Die Betriebe aber, deren Produktion der Deckung des Friedensbedarfs dient, müssen von der Demontage ausgenommen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft lehnt jeden Versuch ab, die Demontage zu einer Hetzpropaganda gegen andere Völker auszunutzen. Statt die Kriegsverbrecher aus ihren Machtpositionen zu entfernen, würde diese Hetze nur der Verschleierung der Schuld der deutschen Kriegsverbrecher, der Konzern- und Bankherren und Militaristen dienen. Die Arbeitsgemeinschaft protestiert aufs schärfste gegen die Vorschläge von maßgebender Seite, daß die für das Elend des deutschen Volkes verantwortlichen Kriegsinteressenten für die demontierten Betriebe obendrein noch auf Kosten des deutschen Volkes entschädigt werden sollen.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert deshalb:

1. die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher und Überführung dieser Betriebe in die Hände des Volkes;
2. daß von der Demontage nur die Kriegsbetriebe betroffen werden;
3. daß statt der Demontage der für den Friedensbedarf tätigen Betriebe die Wiedergutmachung aus der laufenden Produktion entnommen wird.

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD vom 16. Oktober 1947